

## **Bericht des Vorstandes der Diakonie Mitteldeutschland**

### **1. Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung (EWDE) - Diakonie Deutschland**

Pfarrer Rüdiger Schuch wird zum 1. Januar 2024 neuer Präsident der Diakonie Deutschland und damit Nachfolger von Pfarrer Ulrich Lilie, der dann in den Ruhestand tritt. Oberkirchenrat Rüdiger Schuch ist seit 2020 Beauftragter bei Landtag und Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und Leiter des Evangelischen Büros NRW in Düsseldorf. Zuvor war er Vorstandsvorsitzender der Evangelischen Perthes-Stiftung e.V. in Münster. Von 2006 bis 2013 stand er als Superintendent an der Spitze des Evangelischen Kirchenkreises Hamm und gehörte in dieser Zeit mehreren diakonischen Aufsichtsgremien an.

In der Sozialen Arbeit sind Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik eng verwoben. Sozialgesetze, die im Bundestag verabschiedet werden, wirken oft ganz unmittelbar und gravierend auf die Lebenswelt und auf das Wohlergehen der Menschen ein. Wir als Geschäftsstelle eines Landesverbandes sind oft das Scharnier zwischen dem, was zum Beispiel diakonische Einrichtungen in Zerbst, Dessau und Bernburg erleben und dem, was im Vorfeld von Gesetzesbeschlüssen in Berlin vorzutragen und politisch zu begleiten ist. In einem Diakonie-Landesverband gilt es, die Erfahrungen vor Ort zu bündeln, Entwicklungen zu beobachten und zu bewerten. In den Fachverbänden und Gremien der Diakonie Mitteldeutschland gibt es einen intensiven und strukturierten Austausch. Ebenso wie in den Gremien der Diakonie Deutschland, in denen wir Vorstände, die Bereichsleitenden und Fachreferentinnen und Fachreferenten unseres Verbandes mitarbeiten. Die Kommunikation zwischen den Ebenen betreiben wir mit Akribie und hohem Einsatz. Wir setzen uns dafür ein, dass die Lebenswirklichkeit von Kindern, Familien, Pflegebedürftigen, Migrantinnen und Migranten und natürlich auch der vielen hauptberuflich Engagierten in Magdeburg und Berlin gesehen wird. Diakonie hat den Zugang zur Politik und wird dort ernst genommen.

Dieser politisch-strategische Einsatz entspricht dem Gründungsgedanken der Verbandsdiakonie, den Johann Hinrich Wichern vor 175 Jahren entworfen und Zeit seines Lebens gemeinsam mit vielen anderen ausgebaut hat. Diakonie hat wesentliche Grundlagen unseres Sozialstaates initiiert und mitgestaltet. Das ist Erbe und Auftrag für uns. Wicherns Rede auf dem Wittenberger Kirchentag im September 1848 klingt bis heute nach – in dem, was Menschen in der Diakonie und für die Arbeit der Diakonie tun. „Die Liebe gehört mir wie der Glaube“ hat Wichern in Wittenberg ausgerufen. „#Aus Liebe“ heißt die bundesweite Kampagne der Diakonie, die sich derzeit auf Plakaten und auf Netzplattformen ausbreitet und den unmittelbaren Einsatz für Menschen in den Fokus rückt.

Die Verbandsarbeit der Diakonie ist auch Netzwerkarbeit mit ganz vielen Verbindungen und Knotenpunkten. Ein Beispiel: Als wir im September 2021 Steffi Lemke, Bundestagsabgeordnete der Partei Die Grünen/ Bündnis 90, zu den Plänen ihrer Partei in einer Video-Interview-Reihe zur Bundestagswahl befragten, hatte noch kein politischer Beobachter auf dem Schirm, dass die Abgeordnete aus Dessau-Roßlau dem künftigen Bundeskabinett als Ministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz angehören wird. Steffi Lemke kennt die Diakonie, zum Beispiel als Mutter eines Kindes, das vor Jahren in einer Diakonie-Kita betreut wurde. In dem Interview, dass in

unserem Youtube-Kanal zu finden ist, sagt Lemke zum Beispiel: „Meine Partei und Ihr Verband sind auf einer Wellenlänge, wenn es um die Verantwortung für das Gemeinwesen und für unsere Gesellschaft geht und nicht um Lobbyinteressen oder gar persönliche Interessen.“

Im Januar hat Steffi Lemke symbolisch einen Förderscheck an den Diakonie-Bundesverband übergeben. Mit knapp 1,4 Millionen Euro soll deutschlandweit in einem mehrjährigen Projekt die Schuldnerberatung für Seniorinnen und Senioren verbessert werden. Die Diakonie thematisiert seit Jahren, dass die Altersarmut in Deutschland steigen wird und der Anstieg schon sichtbar ist. Die Erwerbsbiografien, die geringen Einkünfte und die vergleichsweise niedrigen Privatvermögen machen die Situation für viele Ältere gerade in Ostdeutschland besonders prekär. Hier haben wir ein kleines aber anschauliches Beispiel für Lobbyarbeit im Dienst am Nächsten: Image und Bekanntheit stützen Vertrauen, schaffen Verbündete und damit konkrete und gemeinsame Schritte zur Verbesserung.

Zuwanderung, Pflege und die Kindergrundsicherung sind in den letzten Wochen die bestimmenden Themen in der Sozialpolitik. Ich komme darauf gleich zurück, möchte Sie aber an einigen ausgewählten Beispielen auf eine kurze Reise mitnehmen durch Themen, die wir in der Geschäftsstelle der Diakonie Mitteldeutschland in den letzten Wochen und Monaten bearbeitet haben. Es sind Mühen der Ebene und die oft kleinen Schritte, die wir als Begleiter von Politik gehen müssen, um Veränderungen zu bewirken.

## **2. Sozialpolitik in Sachsen-Anhalt - LIGA Sachsen-Anhalt und Diakonie**

### Gespräche mit Landesregierung und Vertretungen der kommunalen Spitzenverbände

In den zurückliegenden Monaten fanden zwei Gespräche mit Staatssekretärin Susi Möbbeck, Staatssekretär Wolfgang Beck und Vertretungen der kommunalen Spitzenverbände statt. Schwerpunktthema des Gesprächs am 22. Dezember 2022 waren die Energiepreissteigerungen, die dazu aufgelegten Bundeshilfen und der zusätzliche Bedarf für eine ergänzende Förderung aus Landesmitteln. Die LIGA der Wohlfahrtsverbände in Sachsen-Anhalt schlug dabei die Einrichtung eines Härtefallfonds in Sachsen-Anhalt vor, bei dem sich in Schieflage geratene Einrichtungen um Unterstützung bewerben können. Im Gespräch am 26. Januar 2023 wurde im Schwerpunkt die Eingliederungshilfe und insbesondere die Verhandlung der Gemeinsamen Kommission nach § 131 SGB IX thematisiert (GK § 131). Der Vorschlag der LIGA, die Beratungen im Frühjahr 2022 aufgreifend, alle Verhandlungen der GK mit einem externen Moderator zu führen, wurde von den Staatssekretären bestätigend aufgegriffen. Weiteres Thema der Beratung am 26. Januar 2023 war die Vielzahl an Verfahren, die die Träger bei der Schiedsstelle zur insbesondere im Sachkostenbereich Sicherung der Vergütung 2023 zu stellen genötigt waren.

### Diakonie-Frühstück mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern des Landtages Sachsen-Anhalt

Im Rahmen unserer Lobbyarbeit nutzten wir das erste „Diakonie-Frühstück“ in Sachsen-Anhalt am 26. Januar 2023 in Magdeburg, um mit Abgeordneten und Fachreferenten der demokratischen Fraktionen des Landtages Sachsen-Anhalt über die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in Sachsen-Anhalt ins Gespräch zu kommen. Ein Schwerpunkt lag auf der Umsetzung des Inklusiven SGB VIII. Wir machten deutlich, dass für eine inklusive

teilhabeorientierte Haltung und Ausrichtung der Landespolitik rasch Beratungen und Ergebnisse erforderlich sind und künftig u.a. in Personal und dessen Ausbildung investiert werden muss. Weiterhin unterstrichen wir die notwendige, feste Verankerung der Schulsozialarbeit im Kinder- und Jugendhilfegesetz und die verbindliche Weiterfinanzierung des Projektes „Weil Sprache der Schlüssel der Welt ist“ auf Landesebene. Der Einladung folgten 16 Teilnehmende aller demokratischen Parteien. Ein nächstes „Diakonie-Frühstück“ in Sachsen-Anhalt ist für den 1. Juni 2023 geplant.

#### Übergabe des Förderbescheides an die Landesstelle für Suchtfragen Sachsen-Anhalt

Am 30. Januar 2023 überreichte Sozialministerin Petra Grimm-Benne in der Geschäftsstelle der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Sachsen-Anhalt den Zuwendungsbescheid für die Landesstelle über 240.700 Euro an den LIGA Geschäftsführer Uwe Leicht und die Leiterin Landesstelle für Suchtfragen Helga Meeßen-Hühne. Christoph Stolte betonte im Gespräch mit der Ministerin die Wirksamkeit einer anhaltenden Förderung der Landesstelle als wichtige Säule der Koordination der Suchtprävention im Land Sachsen-Anhalt.

#### Gespräch im Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt/ EU-Green Deal

Wir, der Vorstand der Diakonie Mitteldeutschland, sprachen am 22. Februar im Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt mit Staatssekretär Thomas Wunsch und Vertretenden der Fachabteilungen. Ziel war, das Ministerium für die Sozialwirtschaft zu sensibilisieren und den Blick auf deren Belange und Struktur zu richten. Beraten wurde zum Beispiel der Umbau von Gebäuden bzw. die klimagerechte Sanierung gemeinnütziger Einrichtungen und die dringende Aufnahme bzw. Berücksichtigung sozialer Einrichtungen und Träger in entsprechende Förderprogramme für sozial-ökologischen Transformation und Nachhaltigkeit. Zudem wurde von uns Vorständen gegenüber dem Staatssekretär verdeutlicht, dass das Kriterium der Nachhaltigkeit durch Landesregelungen in der Bewertung der Wirtschaftlichkeit bei Entgeltverhandlungen Anwendung finden muss. Ulrich Lilie, Präsident der Diakonie Deutschland, bezeichnet die Gesundheits- und Sozialwirtschaft als einen schlafenden Riesen beim Klimaschutz. Dafür muss jedoch der Gesetzgeber jetzt agieren.

#### **Hintergründe und Beispiele folgen mündlich.**

Wir organisieren zu dem Thema Nachhaltigkeit im Mai zwei Veranstaltungen: am 4. Mai einen Fachtag zum European Green Deal in Gera und am 30. Mai einen Fachtag mit dem Titel „Vom Transformationszug abgehängt?“ in Erfurt.

### **3. Kompetenzzentrum Diakonische Kirche**

Wir haben in der Geschäftsstelle der Diakonie Mitteldeutschland ein Kompetenzzentrum Diakonische Kirche aufgebaut. Die Arbeit erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Fachverbänden Kirchenkreisdiakonie und Geistliches Leben.

#### Diakonie im Kirchenkreis

Im Januar 2023 haben Geschäftsführende der kreisdiakonischen Werke, Mitarbeitende der Kreisdiakoniestellen und (Diakonie-) Pfarrerinnen und Pfarrer an der zweitägigen Jahrestagung des Evangelischen Fachverbandes Kirchenkreisdiakonie in Erfurt teilgenommen. Nach zweijähriger digitaler Durchführung fand die Jahrestagung inklusive

Fachverbandsversammlung präsentisch statt. Das Konzept und die Zielsetzungen des Kompetenzzentrums Diakonische Kirche wurden vorgestellt.

#### Impulstag für Diakonie und Gemeinde

Nach einem erfolgreichen Impulstag im September 2022 schließen sich nun die Vorbereitungen für den kommenden Impulstag an. Am 14. September 2023 wird dieser in den Messehallen in Erfurt stattfinden. In Planung sind verschiedenste Workshops aus unterschiedlichen Bereichen von theologisch über kreativ bis hin zu sportlich und musikalisch. Im Mittelpunkt steht die Jahreslosung für 2023 „Du bist ein Gott, der mich sieht.“ 1, Mose 16,13 - daraus wird auch das Motto abgeleitet. Der Impulsvortrag wird von Martin Klapheck, Piano-Referent, gehalten, die Predigt im Abendmahlsgottesdienst übernimmt Kirchenpräsident Joachim Liebig.

#### Fachtag zu Grunddimensionen

In der Strategie der Diakonie Mitteldeutschland 2025 heißt es in Teilziel I.a. *„In der Diakonie Mitteldeutschland hat es eine inhaltliche Verständigung darüber gegeben, welche Grunddimensionen diakonischer Arbeit alle Mitglieder prägen.“* Ein Diskussionspapier, das im Jahr 2022 entstanden ist, soll mit Fachexperten aus Kirche und Diakonie diskutiert werden. Hier soll Stellung zum Diskussionspapier bezogen und Anregungen zur Weiterarbeit gegeben werden. Dieses findet auf einem Fachtag am 25. Oktober 2023 in den Franckeschen Stiftungen in Halle statt.

### **4. Umsetzung der Richtlinie des Rates der EKD gegen sexualisierte Gewalt in der Diakonie Mitteldeutschland**

Die Ansprechstelle zum Schutz vor sexualisierter Gewalt arbeitet weiterhin gemeinsam mit der EKM an der Einrichtung der externen Meldestelle nach dem Kirchengesetz zum Schutz sexualisierter Gewalt in der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland. Die Ausarbeitung der Vertragsgrundlagen ist weitestgehend abgeschlossen. Mit einer kurzfristigen Aufnahme der Arbeit der Meldestelle ist zu rechnen. Die Erarbeitung weiterer Musterschutzkonzepte für die Handlungsfelder teilstationäre und mobile Altenhilfe sowie ein FAQ zur Vorlage eines Erweiterten Führungszeugnisses sind abgeschlossen. Die Erarbeitung ausstehender Musterschutzkonzepte erfolgt bis Sommer 2023. Ebenso befindet sich ein einrichtungs- und themenbezogenes Fortbildungsprogramm im Aufbau.

### **5. Migration und Flucht**

#### Chancenaufenthaltsrecht – wichtige Änderung im Aufenthaltsgesetz

Zum 1. Januar 2023 ist das Chancenaufenthaltsrecht in Kraft getreten. Mit dem ersten Teil des neuen Migrationspakets wird für Geduldete, die sich schon lange in Deutschland aufhalten, eine neue Möglichkeit für einen langfristigen Aufenthalt eingeführt. Geduldete Frauen und Männer, die sich vor dem 31. Oktober 2022 für mindestens fünf Jahre ununterbrochen in Deutschland aufgehalten haben, haben die Chance, innerhalb von anderthalb Jahren die Voraussetzungen einer Aufenthaltserlaubnis für gut integrierte Geduldete zu erfüllen. Hierzu zählt u.a. auch eine auskömmliche Beschäftigung zur Sicherung des Lebensunterhalts. Die Migrationsfachdienste wurden zu den gesetzlichen Änderungen informiert und beraten Betroffene bei der Antragstellung.

Für die Diakonie ist klar, dass Deutschland längst ein Einwanderungsland ist. Davon profitieren alle hier lebenden Menschen. Denn nur mit Zuwanderung lassen sich unsere Sozialsysteme auf dem hohen Niveau halten, das wir gemeinsam aufgebaut haben. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 2011 bis 2021 um fünf Millionen. Dabei hat sich der Anteil der ausländischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 7,1 Prozent auf 13,4 Prozent fast verdoppelt.

Die deutsche Wirtschaft und die Systeme der sozialen Sicherung brauchen Arbeitskräfte aus dem Ausland. Das Gemeinwesen profitiert von gesellschaftlicher Diversität. Nur durch Einwanderung ließ sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den letzten Jahren ausbauen. Nicht nur Fachkräfte, sondern auch ungelernte Arbeitskräfte und Auszubildende trugen dazu bei, auch in den Arbeitsfeldern der Diakonie.

## **6. Ökumenische Diakonie - Brot für die Welt**

Die regionale Eröffnung der Spendenaktion Brot für die Welt findet in diesem Jahr am 1. Advent in Bernburg statt, nach derzeitigem Planungsstand in der Schlosskirche St. Aegidien.

## **7. Spendenaktion #wärmewinter und „Hilfe vor Ort“**

Im Sommer letzten Jahres riefen die EKD und die Diakonie Deutschland gemeinsam dazu auf, in der bevorstehenden kalten Jahreszeit Orte der Wärme, der Begegnung und der Nachbarschaftshilfe zu schaffen. Wir haben uns in unserer Region dem angeschlossen – zum Beispiel auch mit einem gemeinsamen Spendenaufruf der Diakonie Mitteldeutschland und der beiden uns tragenden Landeskirchen. An vielen Orten entstanden neue Hilfeangebote oder es wurden bestehende Angebot und Räume geöffnet.

Die Erfahrungen in den Gemeinden und Sozialdiensten haben gezeigt, dass gestiegene Energiepreise nicht der einzige Grund waren, die Angebote der Hilfe und Begegnung zu nutzen. Das Gefühl der Vereinsamung wird für viele Menschen zunehmend zur Belastung. Wir sagen heute in einer ersten Bilanz: Bei unserem Engagement müssen wir dieser Erkenntnis künftig mehr Raum geben und einen stärkeren Fokus auf Angebote für einsame Menschen legen..

Aus unserem Diakonie-Spendenprogramm „Hilfe vor Ort“ und #wärmewinter wurden auf dem Gebiet der Landeskirche Anhalts fünf Maßnahmen mit knapp 17.000 Euro unterstützt.

## **8. Arbeitsrecht**

Im November 2022 fand eine Sitzung der Arbeitsrechtlichen Kommission (ARK) statt. Die Mitglieder der ARK haben sich auf eine sogenannte 24-monatige Friedenspflicht bis Ende 2025 geeinigt. In dieser Zeit wird an der Weiterentwicklung der Arbeitsvertragsrichtlinien der Diakonie Mitteldeutschland im Hinblick auf bestimmte Berufsgruppen und Tätigkeitsprofile

gearbeitet, um so auch wettbewerbsfähiger zu werden. Hierzu wird eine Arbeitsgruppe gebildet, in der auch Mitarbeitende dieser Berufsgruppen eingebunden werden sollen.

Seit dem 7. Februar führt Katja Siebert, Referentin Arbeitsrecht im Dienst des Landeskirchenamtes der EKM, die Geschäftsstelle Arbeitsrechtlichen Kommission des Diakonischen Werkes Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland e. V. (ARK) Sie tritt damit die Nachfolge von Uwe Lampe an, der diese Position lange Jahre begleitet hatte.

In dem laufenden Entsendungsverfahren der Dienstnehmervorteiler in die ARK für die Amtszeit vom 1. Juli 2023 bis 30. Juni 2027 hat der Verband kirchlicher Mitarbeitender der Evangelischen Kirchen Mitteldeutschlands e. V. (VKM-EKM) fristgerecht einen Dienstnehmervorteiler für die ARK benannt. Da bis zum 28. Februar keine weiteren Gewerkschaften oder Mitgliederverbände Meldungen vorgenommen haben, werden zwei Sitze durch den VKM-EKM besetzt. Die Benennungsfrist des Gesamtausschusses der Mitarbeitervorteilerungen in der Diakonie Mitteldeutschland für weitere drei Dienstnehmervorteiler lief noch bis zum 31. März 2023. **Eine Benennung erfolgte nicht. Daher wird eine Wahlversammlung terminiert.**

Liebe Synodale, ich sprach am Anfang von der vernetzten Arbeit in den Ebenen der Verbandsdiakonie und vom erhofften Nutzen für die Arbeit vor Ort. Zwei Themen beschäftigen Politik und Soziale Arbeit in diesen Tagen ganz besonders: Kommt die versprochene Kindergrundsicherung? und: Wie geht es in der Pflege weiter?

Dazu noch ein paar Schlaglichter:

### **Finanzierungstreit um die Kindergrundsicherung**

Die Kindergrundsicherung ist eines der zentralen Reformprojekte der Ampel – so sieht es die Diakonie Deutschland. Die Kindergrundsicherung bietet die Möglichkeit, das Versprechen gleicher Chancen für alle Kinder einzulösen. Es ist wenig zukunftsweisend, dieses Reformprojekt mit dem Hinweis auf die Erhöhung des Kindergeldes und auf Sparzwänge zu kippen. Drei Millionen Kinder in Deutschland leben in Armut – rund ein Fünftel aller Kinder in unserem Land. In größeren Städten und in einzelnen Stadtgebieten in Ostdeutschland steigt der Anteil auf 25 bis 30 Prozent. Diesen Kindern fehlt es regelmäßig an früher Förderung im Elternhaus und unkomplizierten und leicht zugänglichen Hilfen. Mehr als die Hälfte der Sozialleistungsansprüche verfällt, weil ihre Eltern den Weg durch das Behördendickicht eben nicht finden.

Wir wissen längst, dass unterschiedliche Kinder unterschiedliche Formen der möglichst frühen Unterstützung und Hilfen benötigen. Das Existenzminimum von Kindern muss realistisch ermittelt und unbürokratisch zugänglich gemacht werden. Je größer die Not in einer Familie, desto größer muss die Hilfe sein. Wer jetzt nicht handelt, trägt Mitverantwortung dafür, dass sich die Bildungsbiografien von Kindern in Deutschland immer unfairer entwickeln.

### **Pläne des Bundesgesundheitsministeriums für eine Pflegereform**

Was Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach als Reform in der Pflegeversicherung plant, ist allenfalls ein Tropfen auf dem heißen Stein, sagt Diakoniepräsident Ulrich Lilie: Nicht die dringend benötigte Strukturreform, die die Finanzierung des Systems Pflege

stabilisiert. Dabei können schon heute zu viele Pflegebedürftige in der Langzeitpflege die Eigenanteile nicht mehr zahlen, signalisieren schon heute viele Einrichtungen und ihre Träger: Wir können unseren Versorgungsvertrag nicht mehr erfüllen. Dazu kommt der eklatante Fachkräftemangel.

Die Pläne des Ministeriums gehen an dieser herausfordernden Realität schlicht vorbei. Schon eine Stabilisierung der Pflegeversicherung im Ist-Zustand bräuhete Steuermittel, um die zunehmende Schieflage zu stützen. Was wir aber eigentlich brauchen, ist eine echte Reform. Gute Vorschläge dazu – etwa der Diakonie – liegen reichlich vor. Es geht im System Pflege nicht nur darum, die ansteigende Zahl von pflegebedürftigen Menschen nach deren Wünschen und Bedürfnissen mit immer weniger dafür zur Verfügung stehendem Fachpersonal sektorenübergreifend und bestmöglich zu versorgen. Um Menschen angemessen, also mit ausreichend Zeit und in hoher Professionalität pflegen zu können, müssen auch die Strukturen stimmen und die Kosten dafür mitgedacht werden.

Wer bezahlt jetzt beispielsweise die klimarelevanten baulichen Modernisierungen der Einrichtungen, in denen gepflegt wird? Wie refinanziert sich die dringende Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte? Wer bezahlt die Rentenbeiträge pflegender Angehöriger und wie verhindern wir die drohende Altersarmut von pflegenden Angehörigen?

Kostensteigerungen in der Langzeitpflege werden weiter auf die Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Einrichtungsträger abgewälzt. Es fehlen auch strukturelle Maßnahmen zur wirksamen Begrenzung der immer weiter steigenden Eigenanteile. Heute schon haben wir Eigenanteile, die im ersten Jahr, in dem Menschen in einer Pflegeeinrichtung sind, im Durchschnitt etwa das Doppelte einer Durchschnittsrente in Deutschland ausmachen. Schon jetzt können viele Menschen diese Kosten nicht tragen und sind auf Unterstützung der öffentlichen Hand angewiesen. In der Regel übernehmen dann die Kommunen im Rahmen der Sozialhilfe die Kosten. Und oft trifft das ausgerechnet die ohnehin schon klammen Gemeinden, in denen besonders viele relativ arme alte Menschen leben.

Mit Steuermitteln aus dem Bundeshaushalt könnte man das Ganze auf eine vernünftige und gerechtere Basis stellen. Zudem sollten versicherungsfremde Leistungen aus den Pflegekosten herausgenommen und anders finanziert werden. Schon lange sprechen wir hier von einem zukunftsfähigen, sachgerechteren und sozial gerechteren notwendigen neuen Mix in der Finanzierung der Pflege. Die Erhöhung der Beiträge für Kinderlose, die der Gesundheitsminister einbringt, kann ein erster kleiner Baustein sein – mehr aber nicht.

Zum Jahresende 2022 verzeichnete die Pflegeversicherung ein Minus von rund 2,2 Milliarden Euro. Bereits im Jahr 2021 standen Einnahmen von 52,50 Milliarden Euro den Ausgaben von 53,85 Milliarden Euro gegenüber. Grund für die Schieflage sind vor allem die Kosten der Pandemie und die Zunahme der Anzahl an pflegebedürftigen Menschen. Und diese Zahlen werden mit dem demografischen Wandel weiter ansteigen.

Schon heute sind rund 4,8 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig. Von ihnen werden 70 Prozent, rund 3,9 Millionen, zuhause von Angehörigen betreut. Überwiegend von Frauen. Sie kommen in den ministeriellen Überlegungen zwar vor, aber es beschämt doch, wie sie vorkommen: um 5 Prozent soll das Pflegegeld, das zuletzt 2017 erhöht wurde, im kommenden Jahr steigen. Viel zu wenig, um nur die Inflation auszugleichen. Insgesamt wird

die häusliche Pflege viel zu wenig unterstützt. Dazu gehört auch eine bessere Absicherung bei der Rente – die ja auch aus der Pflegeversicherung finanziert wird.

Mitte März haben die drittgrößte Krankenkasse in Deutschland DAK, der Deutsche Landkreistag und die Diakonie Deutschland gemeinsam die Ergebnisse einer FORSA-Umfrage präsentiert und darauf aufmerksam gemacht, dass die große Mehrheit der Bevölkerung sich eine starke solidarische Pflegeversicherung wünscht, die die wesentlichen Pflegekosten übernimmt, so dass Zuzahlungen kalkulierbar bleiben.

Die Studie kommt zu eindeutigen Ergebnissen: Die Bürgerinnen und Bürger sehen kritisch auf die Pflegeversicherung in Deutschland. Knapp zwei Drittel (65 Prozent) der Befragten sind der Ansicht, dass die Pflegeversicherung im Allgemeinen eher (52 Prozent) oder sehr (13 Prozent) schlecht für den Pflegefall absichert. Auch ihre persönliche Pflegevorsorge sehen sie mit Sorge: Eine Mehrheit von 54 Prozent der Befragten macht sich große oder sogar sehr große Sorgen für den Fall, dass sie selbst einmal pflegebedürftig werden. Besonders groß sind diese persönlichen Sorgen im Osten: Hier sind es fast zwei Drittel (64 Prozent).

Dabei setzt eine große Mehrheit weiterhin auf ein umlagefinanziertes Solidarsystem: Die Aussage „Jeder Mensch hat hier eine Eigenverantwortung und sollte durch private Zusatzversicherungen selbst für den Pflegefall vorsorgen“ lehnen 70 Prozent der Befragten ab. Drei Viertel (75 Prozent) der Befragten sind vor diesem Hintergrund der Meinung, dass die zusätzlichen Kosten zukünftig (auch) durch Zuschüsse aus Steuern finanziert werden sollten. Die derzeit vorgesehene Lösung, wonach lediglich die Beiträge erhöht werden sollen, befürwortet nur ein Fünftel (22 Prozent), eine Reduzierung der Leistungen will nahezu niemand (4 Prozent). Diese deutliche Positionierung zeigt sich über alle Parteipräferenzen hinweg. 85 Prozent der Deutschen meinen, dass die gesetzliche Pflegeversicherung weiterhin alle wesentlichen Pflegekosten übernehmen sollte.

Im Rahmen der Untersuchung hat Forsa 1.004 Bürgerinnen und Bürger ab 18 Jahren online befragt. Die Erhebung wurde vom 10. bis 14. März 2023 durchgeführt.